

Antrag

der Abgeordneten Dr. Götz Frömming, Dr. Marc Jongen, Martin Erwin Renner, Beatrix von Storch, Marc Bernhard, René Bochmann, Stephan Brandner, Dietmar Friedhoff, Karsten Hilse, Dr. Malte Kaufmann, Jörn König, Barbara Lenk, Mike Moncsek, Edgar Naujok, Jan Wenzel Schmidt, Kay-Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD

Den 70. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR als nationalen Gedenktag würdig begehen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am 17. Juni 2023 jähren sich die Ereignisse um den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 zum 70. Mal. Der 17. Juni – der Tag des Volksaufstandes 1953 in der DDR – war in der Bundesrepublik Deutschland von 1954 bis 1990 als Tag der deutschen Einheit bereits gesetzlicher Feiertag. Am 11. Juni 1963 wurde er durch eine bis auf den heutigen Tag gültige Proklamation des damaligen Bundespräsidenten Heinrich Lübke zum nationalen Gedenktag des deutschen Volkes erklärt (<https://www.protokoll-inland.de/Webs/PI/DE/nationale-gedenk-feiertage/17Juni/17-juni-node.html#:~:text=August%201953%20wurde%20der%2017,zum%20%22nationalen%20Gedenktag%22%20>).

Ausgelöst wurde der Aufstand durch Bauarbeiter, die zunächst gegen eine Normerhöhung protestierten. Am 17. Juni brach sich der Protest in Hunderten von Städten und Ortschaften der DDR in Streiks und Demonstrationen Bahn. Rasch richtete sich der Unmut gegen das SED-Unrechtsregime; die Demonstranten forderten unter anderem freie Wahlen, was ein Bekenntnis zur deutschen Wiedervereinigung implizierte. „Freie Wahlen“, so konstatierte zum Beispiel der Publizist Karl Wilhelm Fricke, „waren für die übergroße Mehrheit der DDR-Bevölkerung identisch mit der Überwindung der deutschen Teilung“ (vgl. Karl Wilhelm Fricke: Die nationale Dimension des 17. Juni 1953, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 23/2003, S. 5–10, hier: S. 9). Hierin liegt die bleibende nationale Bedeutung des 17. Juni. Entsprechend ist im BGBL Teil I, Nr. 45, 4. August 1953 (Gesetz über den Tag der deutschen Einheit, S. 778) festgehalten, dass der 17. Juni zum „Symbol der deutschen Einheit in Freiheit geworden“ sei.

Die offizielle Lesart der SED oder des Ministeriums für Staatssicherheit (Stasi), nach dem es sich an diesem Tag um einen „faschistischen Putsch“ oder eine „massive, auf Konterrevolution ausgerichtete Einmischung von außen“ gehandelt habe, gehört ins Reich der Legende (vgl. Reinhard Grimmer: Die Sicherheit: zur Abwehrarbeit des MfS, Band 1, Berlin 2003, S. 143). Ohne das Eingreifen der sowjetischen Panzer, so

urteilte unter anderem Egon Bahr, einer der Mitgestalter der ab 1969 eingeleiteten Neuen Ostpolitik, hätten die Deutschen „die Einheit schon damals bekommen, denn die Ulbricht-Regierung war de facto entmachtet“ (vgl. Egon Bahr: Tag der gesamtdeutschen Geschichte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 23/2003, S. 3 bis 4, hier: S. 4).

Der Aufstand gegen das von der Sowjetunion protegierte SED-Regime wurde brutal durch sowjetische Panzer niedergewalzt. Es setzte in der Folge, nachdem bereits mindestens 18 Aufständische (nach anderen Quellen sogar deutlich mehr; vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, Themenblätter im Unterricht, Nr. 80: 17. Juni 1953 – Aufstand in der DDR, Lehrerblatt 05) standrechtlich erschossen worden waren, eine gnadenlose Verfolgung von Oppositionellen ein, die ihren Willen zur Freiheit und Einheit Deutschlands zum Teil mit hohen Freiheitsstrafen bezahlen mussten; in zwei Fällen wurden sogar Todesurteile verhängt.

Rückblickend waren diese Opfer nicht vergeblich, führt doch eine direkte Linie von der Unerschrockenheit derer, die am Volksaufstand für Einigkeit, Recht und Freiheit im Juni 1953 protestierten, zum 9. November 1989, dem Tag des Mauerfalls. „Ohne ihren Mut [gemeint sind die Demonstranten]“, so stellte Egon Bahr fest, „hätte es weder den 17. Juni 1953 noch den 9. November 1989 gegeben“ (vgl. Egon Bahr: Tag der gesamtdeutschen Geschichte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 23/2003, S. 3 bis 4, hier: S. 4).

Dieser Tag steht überdies in einer Kontinuität mit bedeutsamen geschichtlichen Wegmarken wie dem Wartburgfest (Oktober 1817), dem Hambacher Fest (Mai 1832) oder der Frankfurter Nationalversammlung (Mai 1848 bis Mai 1849). Der 17. Juni 1953 ist bis heute ein Fanal für den Freiheitswillen des deutschen Volkes geblieben. Auch die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages stellten in diesem Zusammenhang fest: „Im Zentrum des Gedenkens [an den 17. Juni 1953] stand vor allem der Freiheits- und Einheitswillen der Deutschen“ (Aktueller Begriff: Der 17. Juni 1953 und seine Rezeption in der bundesdeutschen Politik und Öffentlichkeit, Wissenschaftliche Dienste, Nr. 22/13, 10. Juni 2013, S. 2). Zu Recht stellt die Proklamation des damaligen Bundespräsidenten Lübke vom 11. Juni 1963 fest, dass dieser Tag „ein Zeugnis für die Entscheidung des Gewissens gegen Tyrannei und Unmenschlichkeit“ sei (https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&jumpTo=bgbl163s0397.pdf#_bgbl_%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl163s0397.pdf%27%5D__1600331583258).

Der Aufstand vom 17. Juni 1953 muss darüber hinaus im Zusammenhang mit den sich in der Folge anschließenden Oppositions- und Freiheitsbewegungen in Mittel- und Osteuropa bis hin zum Fall der Mauer in Berlin im November 1989 gesehen werden. Rückblickend wurde in diesen Novembertagen, die mit dem Fall der Berliner Mauer verbunden sind, das vollendet, was am 17. Juni 1953 angestoßen wurde (vgl. Karl Wilhelm Fricke, a. a. O., S. 5 bis 10, hier: S. 10).

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den 70. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR sowie das damit verbundene Gedenken durch ein breit angelegtes Programm zu begleiten, welches der Bedeutung der historischen Ereignisse gerecht wird und dazu geeignet ist, den Volksaufstand im öffentlichen Bewusstsein aufzuwerten;
2. darauf hinzuwirken, dass ein umfangreiches und jährlich stattfindendes Informations- und Dokumentationsprogramm erarbeitet wird, das über die Hintergründe und das damalige Zeitgeschehen deutschlandweit informiert;
3. darauf hinzuwirken, dass eine deutschlandweite Berichterstattung und Übertragung der für den 16. Juni 2023 geplanten Diskussionsveranstaltung mit Zeitzeugen, Opferverbänden und -beauftragten und Wissenschaftlern gewährleistet wird;

4. sicherzustellen, dass bei der jährlichen Gedenkveranstaltung der Bundesregierung am Mahnmal des Volksaufstandes auf dem Friedhof Seestraße in Berlin auch Opfer und Vertreter von Opferorganisationen als Zeitzeugen sprechen;
5. über die KMK darauf hinzuwirken, dass der 17. Juni 1953 in den Geschichtslehrplänen verpflichtend verankert und unterrichtet wird. In den Schulen soll jährlich ein Aktionstag zum Gedenken an den Mut und die Opfer des deutschen Volkes in der DDR stattfinden. Dazu soll ein Programm mit Zeitzeugen und Verfolgten des SED-Unrechtsregimes an Schulen erstellt werden;
6. in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für Politische Bildung Unterrichts- und Informationsmaterialien sowie Handreichungen zu erarbeiten und für den Einsatz im Unterricht zu bewerben;
7. spätestens zum 17. Juni einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Antragsverfahren für Entschädigungsleistungen aufgrund der Verfolgung durch das SED-Unrechtsregime vereinfacht und wesentlich verkürzt.

Berlin, den 31. Januar 2023

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

